

ÜBERPARTEILICHE AUSSENDUNG der Volkspartei Zurndorf, Interessensgemeinschaft Zurndorf (IGZ) und FPÖ Zurndorf

GEMEINDE ZURNDORF bleibt auf € 37.275,96 VERFAHRENSKOSTEN sitzen - Rechtsstreit mit der Firma Kamaia Handel e.U. vorzeitig beendet – KOSTEN BELASTEN GEMEINDEBUDGET

Liebe Zurndorferinnen, liebe Zurndorfer!

Was ist passiert?

Die Firma Kamaia Handel e.U. wurde von der Gemeinde mit dem Abtransport und der Entsorgung des Materials aus der mit den Stimmen der SPÖ geschlossenen Bauschuttdeponie beauftragt.

Die vereinbarten **1.000 Tonnen waren ausdrücklich nur eine grobe Mengenschätzung**. Abgerechnet werden sollte anhand der **geeichten Wiegescheine**. Die tatsächlich gestellte Rechnung über **€ 34.216,00** wurde von **Bürgermeister und Vizebürgermeister nicht akzeptiert und nicht bezahlt**. Sie zweifelten die Mengen und die daraus resultierende Höhe der Rechnung an.

Eine außergerichtliche Einigung ist nicht zustande gekommen. Die Firma Kamaia Handel e.U. hat daraufhin die Gemeinde geklagt. Trotz des laufenden Gerichtsverfahrens wurde durch BGM Friedl und Vzbgm. Michitsch (beide SPÖ) weiterhin auf einen positiven Ausgang für die Gemeinde gesetzt.

Und jetzt?

Im Juni 2026 wurde der Rechtsstreit – da scheinbar aussichtslos - **vorzeitig durch die Gemeinde beendet** (mehrheitlicher Beschluss).

Was bleibt aus diesem Rechtsstreit zurück? **€ 37.275,96 zusätzliche Verfahrenskosten. 37.275,96 Euro – das ist kein Bagatellbetrag. Das ist Geld der Gemeinde und damit Geld der Bürgerinnen und Bürger**. Ob die Verfahrenskosten möglicherweise durch eine Organhaftpflichtversicherung übernommen werden, ist derzeit noch offen.

WER TRÄGT DIE VERANTWORTUNG?

Aus unserer Sicht hätte dieser Streit **früher, sachlicher und vor allem wesentlich kostengünstiger** gelöst werden können. Stattdessen wurde die Auseinandersetzung unter Bürgermeister Friedl und Vizebürgermeister Michitsch bis vor Gericht geführt.

Unser Standpunkt:

Politische Auseinandersetzungen/Machtspiele dürfen nicht auf Kosten des Gemeindebudgets geführt werden.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf **Transparenz, verantwortungsvollen Umgang mit ihrem Geld und nachvollziehbare Entscheidungen**.

Mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger darf man keine politischen Machtspiele führen. Wer politische Entscheidungen trifft, muss auch Verantwortung für deren Folgen übernehmen.

Die Gemeinderäte der
Volkspartei Zurndorf, der Interessensgemeinschaft Zurndorf (IGZ) und der FPÖ Zurndorf